

|  |           |                   |
|--|-----------|-------------------|
| <b>Vorlage Nr. 78/2021</b>                                 |           |                   |
| für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses |           |                   |
| Beratung in öffentlicher Sitzung:                          | <b>Ja</b> | Anzahl Anlagen: 0 |

## **Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für den Ausbau der Systembetreuung im Bereich der Personalinformationssysteme**

### **A Problem**

Im Bereich der Personalinformationssysteme stehen diverse Digitalisierungsprojekte an, die zum Teil bereits mehrfach aufgeschoben worden sind:

### **Stellenplan**

Die aktuelle Software basiert auf der 2011 abgelösten Abrechnungssoftware und ist seit fast 25 Jahren im Einsatz. Die Umstellung musste in der Vergangenheit mehrfach wegen höher priorisierter Projekte, wie z. B. die Einführung der Entgeltordnung im TVöD oder die Umsetzung des Kurzarbeitergeldes, verschoben.

### **Portallösung Kindergeld**

Bedingt durch den Verbleib des Kindergeldes in der Bearbeitung des Magistrats der Stadt Bremerhaven ist nach dem Onlinezugangsgesetz die Schaffung einer Portallösung für die Antragstellung und Kommunikation erforderlich. Entsprechende Lösungen sind von den Familienkassen autark zu schaffen, soweit nicht die Bearbeitung generell auf die Bundesanstalt für Arbeit übertragen wurde.

### **Digitale Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung**

Ab dem Jahr 2022 wird im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherungen die digitale Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung eingeführt und die bisherige Papierform abgelöst.

### **Digitale Personalakte**

Die Einführung einer digitalen Aktenhaltung im Bereich der Personalakten ist aufgrund der Vielzahl an unterschiedlichen Dokumenten, den zahlreichen beteiligten Bereichen und den hohen Anforderungen des Datenschutzes sehr komplex. Zur Umsetzung empfiehlt sich daher eine eigenständige Begleitung innerhalb des Fachamtes neben der generellen Betreuung durch die Magistratskanzlei.

Zur Bearbeitung der anstehenden Projekte ist die Aufstockung der Systembetreuung der Gehaltsabteilung des Personalamtes um einen überplanmäßig anerkannten Bedarf von 1,0 Stellen mit dem Schwerpunkt Projektmanagement beabsichtigt. Angestrebt wird eine Eingruppierung nach Entgeltgruppe 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA).

### **B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt die Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Ausbau der Systembetreuung im Bereich der Personalinformationssysteme der Gehaltsabteilung des Personalamtes.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden können.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Auf der Grundlage der Personalhauptkosten von 2021 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 73.750 € jährlich. Die Kosten können aus dem Kapitel 6023 finanziert werden.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadteilkonferenz liegen nicht vor.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Im Rahmen der Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

### **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine. / Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss bewilligt für das Personalamt einen 1,0 überplanmäßigen Bedarf (Entgeltgruppe 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für den Ausbau der Systembetreuung im Bereich der Personalinformationssysteme der Gehaltsabteilung des Personalamtes.

Zum Stellenplan 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister